

---

**Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte**  
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris  
(Institut historique allemand)  
Band 12 (1984)

DOI: 10.11588/fr.1984.0.51635

---

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

Reinhart SCHIFFERS, Manfred KOCH (Hg.), *Der Hauptausschuß des Deutschen Reichstags 1915–1918*, 4 Bde., Düsseldorf (Droste) 1981, XLV–2435 S. (Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 1. Reihe, 9).

Seit langem sind die Verhandlungen des Haushalts- oder Hauptausschusses des Deutschen Reichstages während der Jahre des Ersten Weltkriegs als interessante Quelle bekannt. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, verschiedene andere Blätter und der Geschichtskalender von Schulthess berichteten regelmäßig über seine Sitzungen, beschränkten sich aber meistens auf mehr oder minder knappe Zusammenfassungen und nannten keine Namen. Andere Quellen, so etwa das 1966 von Susanne Miller edierte Tagebuch Eduard Davids, enthalten nur gelegentliche Hinweise. Bis zum Kriegsbeginn 1914 waren die Ausschußprotokolle regelmäßig gedruckt worden, handelte es sich hier doch um die Verhandlungen des wichtigsten und angesehensten Reichstagsausschusses. Dann fiel diese Gepflogenheit den Kriegserfordernissen zum Opfer: Zwar wurde weiterhin protokolliert, doch wurden die Protokolle nur noch maschinenschriftlich ausgefertigt und einem begrenzten Kreis zugänglich gemacht. Ein vollständiger Satz der Protokolle erhielt sich nirgends, was die Historikerschaft seit langem immer wieder vor Probleme gestellt hat. Auch die Hg. des hier zu besprechenden Werkes gingen ursprünglich von der Annahme aus, daß sich Vollständigkeit nicht mehr werde erreichen lassen. Daß sie mit Hilfe verschiedener Archive schließlich doch noch eine lückenlose Reihe haben erstellen können, ist nachhaltig zu begrüßen.

Die Ausschußprotokolle umfassen insgesamt rund 20000 maschinenschriftliche Seiten, weshalb sich eine vollständige Edition von vornherein verbot. Notgedrungen wählten die Hg. deshalb den ungewöhnlichen Ausweg der Paraphrase. Sie kondensierten den Originaltext und nahmen den vollen Text nur dann auf, wenn die besondere Wichtigkeit des Beratungsgegenstandes dies erforderte. Daß ein solches Verfahren Schwierigkeiten birgt, liegt auf der Hand, doch wäre die Alternative eine knappe Auswahl jeweils vollständiger Textteile gewesen – sicherlich eine weniger wünschenswerte Lösung. Ohnehin besteht die Vorlage ganz überwiegend nicht aus Wortprotokollen, sondern aus Paraphrasen der jeweils mit der Protokollführung beauftragten Reichstagsstenographen. Auch hat die Zusammenfassung durch die Hg. immerhin den Vorteil größerer Überschaubarkeit.

Die Hg. haben die einzelnen Protokolle nach Überarbeitung in der oben angedeuteten Form chronologisch aneinandergereiht und durch Kopfregele, Anmerkungsapparat und Register erschlossen. Wörtliche Übernahmen aus dem Original sind kenntlich gemacht; daß sie manchmal gerade da abbrechen, wo man gerne näheres erfahren hätte, ist bei einem Unternehmen dieser Größenordnung unvermeidlich. Der Haushaltsausschuß der Kriegsjahre zählte zunächst 36, ab März 1916 wieder seine traditionellen 28 Mitglieder. Sie verteilten sich auf alle Parteien, wobei die großen Fraktionen zwangsläufig stärker vertreten waren: Zentrum und SPD entsandten je 7, Konservative, Nationalliberale und Fortschrittspartei je 3 Abgeordnete in den Ausschuß. Den Vorsitz führte bis 1917 der Zentrumspolitiker Spahn, dem als Stellvertreter der Sozialdemokrat Südekum zur Seite stand. Als Spahn 1917 zum preußischen Justizminister avancierte, trat Fehrenbach an seine Stelle. Nach Fehrenbachs Wahl zum Reichspräsidenten übernahm im Juni 1918 Friedrich Ebert den Vorsitz, Stresemann seine Stellvertretung. Neben den eigentlichen Ausschußmitgliedern nahmen in wechselnder Anzahl Regierungsvertreter an den Sitzungen teil. Auch die Ressortchefs erschienen häufig, während der Reichskanzler zunächst eine persönliche Teilnahme offenbar planmäßig vermied. Erst im Zuge der Diskussion um den U-Boot-Krieg trat Bethmann Hollweg erstmals im Ausschuß auf. Nachdem der Ausschuß im Herbst 1916 die Kompetenz erhalten hatte, neben reinen Etatangelegenheiten auch militärische und außenpolitische Fragen zu diskutieren und damit zeitweise geradezu die Funktion eines Notstandsparlamentes übernommen hatte, wurde die Teilnahme des Reichskanzlers vollends fast zur Regel. Dagegen ließ sich die Oberste Heeresleitung nur selten

vertreten – und dann durch einen bloßen Stabsoffizier. Selbst der Reichskanzler brachte es nicht fertig, Hindenburg oder Ludendorff zu gelegentlicher Sitzungsteilnahme zu bewegen.

Der Ausschuß tagte öffentlich für Reichstagsabgeordnete. Da außerdem nicht selten Regierungsbeamte auch dann als Zuhörer teilnahmen, wenn ihre Anwesenheit nicht unmittelbar erforderlich war, konnten erhebliche Zuhörerzahlen zustande kommen. Die Wahrung der Vertraulichkeit war in solchen Fällen besonders problematisch. Deshalb tagte der Ausschuß gelegentlich unter völligem Ausschluß der Öffentlichkeit. Über diese Geheimsitzungen existieren keine offiziellen Protokolle, doch sind wir mindestens teilweise durch Notizen anwesender Regierungsvertreter auch über sie unterrichtet. Wo es anging, haben die Hg. solche Aufzeichnungen in die Edition aufgenommen. Gelegentlich bildete der Hauptausschuß Unterausschüsse, so Anfang 1918, als er Fragen der Preisbildung in Rüstungsfirmen untersuchte. Auch hierüber existieren keine offiziellen Aufzeichnungen, weshalb die Hg. ersatzweise eine knappe Zusammenfassung im Nachlaß Stresemann nachweisen; die sehr viel gründlichere Berichterstattung des Bayerischen Beauftragten beim Kriegsamt (Bayerisches Kriegsarchiv München) ist ihnen offenbar entgangen.

Der den Texten beigegebene Anmerkungsapparat ist in der Regel recht ergiebig. Einzelne Lücken – so fehlen etwa Verweise auf die neuesten Arbeiten über Wichard v. Moellendorff und die von ihm und Rathenau aufgebaute Kriegsrohstoffabteilung oder auf Begleitumstände und Folgen des Bekanntwerdens der berühmt-berüchtigten Zimmermann-Depesche an den deutschen Gesandten in Mexiko – fallen nicht ernsthaft ins Gewicht. Eine kleine Lücke im Originaltext selbst (»Hannibal F...ter« auf S. 355) hätten die Hg. leicht schließen können: Gemeint ist der oldenburgische Staatsrat Hannibal Fischer, der 1852/53 die deutsche Flotte versteigerte.

Der Reiz der Hauptausschußprotokolle liegt nicht zuletzt darin, daß im Hauptausschuß offener diskutiert wurde als im Plenum. Die Kleinheit des Teilnehmerkreises und die immerhin partielle Vertraulichkeit der Sitzungen erleichterten den ungeschützten Austausch von Argumenten auch dann, wenn die Fraktionen sich noch keine festen Meinungen gebildet hatten. Kommissionsmitglieder wie Regierungsvertreter waren sich dessen wohl bewußt; in mindestens einem Fall bat der Reichskanzler die Diskussionsteilnehmer geradezu, im Plenum mehr Rücksicht auf die Volksstimmung zu nehmen und weniger ungeschminkt zu diskutieren. Der Kreis der im Hauptausschuß besprochenen Themen ist fast unüberschaubar. Seit jeher boten Haushaltsdebatten die Gelegenheit, Generaldiskussionen zu führen; dieser Gepflogenheit begegnen wir auch im Hauptausschuß, zumal er während des Krieges immer mehr Funktionen des Parlaments übernahm. Von Anfang an erhielten neben den eigentlichen Haushaltsangelegenheiten Fragen der Unterstützung von Soldatenfamilien und Ernährungsfragen breiten Raum in den Ausschußberatungen. Ebenso kamen Zensurfragen wie auch die sich aus dem Belagerungszustand ergebenden Probleme während des ganzen Krieges immer wieder zur Sprache. Seit 1916 traten der U-Boot-Krieg und die damit eng verbundene Frage des amerikanischen Kriegseintritts hinzu. Im März 1916 erlebte der Ausschuß seine erste große U-Boot-Debatte mit interessanten Beiträgen von Bassermann, Bethmann Hollweg, Staatssekretär v. Capelle u. a. Weitere Diskussionen über diesen Gegenstand folgten. Nachdem der unbeschränkte U-Boot-Krieg einmal angefangen hatte (und der von den Sozialdemokraten frühzeitig vorausgesagte amerikanische Kriegseintritt Wirklichkeit geworden war), folgten Debatten über die Effektivität des U-Boot-Krieges. Besondere Erwähnung verdienen hier vor allem die Sitzungen im Juli 1917 mit ihren Rededuellen zwischen Erzberger, Bethmann Hollweg und Stresemann. Seitdem mehrte sich die Zahl der Skeptiker, die den um 30–40 % überhöhten Zahlen der Marine nicht mehr recht glaubten. Dagegen hielt die deutsche Führung einschließlich der Marine selbst diese Angaben bis zuletzt für wahr und zweifelte daran, daß die Amerikaner ihren europäischen Verbündeten jemals wirksame militärische Hilfe würden leisten können.

Andere Themen, die den Ausschuß regelmäßig beschäftigten, waren neben der Flamenfrage

und der deutschen Ostpolitik vor allem Angelegenheiten der Kriegsgewinnbesteuerung. Eine brauchbare Lösung wurde bekanntlich nicht gefunden, doch traten hier wie bei anderen Gelegenheiten die Positionen im Ausschuß plastischer hervor als in den Plenarsitzungen. Daß auch die Vertreter der Reichsleitung dem Ausschuß ihre Sorgen offener vortrugen als dem Plenum, versteht sich fast von selbst.

Insgesamt enthalten die Haushaltsausschußprotokolle keine Sensationen, doch übertreffen sie die Reichstagsprotokolle in vieler Hinsicht an Informationsgehalt, Quellen wie die Papiere des Interfraktionellen Ausschusses oder das David-Tagebuch an Geschlossenheit. Manches Detail wird sich erst dem Spezialisten bei genauester Lektüre erschließen. Jedoch läßt sich schon jetzt sagen, daß sich der Aufwand für die Edition der Hauptausschußprotokolle zweifellos gelohnt hat.

Lothar BURCHARDT, Konstanz

Hermann SCHÄFER, Regionale Wirtschaftspolitik in der Kriegswirtschaft. Staat, Industrie und Verbände während des Ersten Weltkriegs in Baden, Stuttgart (W. Kohlhammer) 1983, XXXII-416 S. (Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg, 95).

Cette étude se situe au carrefour de recherches menées, d'une part, sur les économies régionales et, d'autre part, sur le fonctionnement des économies dirigées en temps de guerre. Elle nous renseigne en particulier sur le comportement des institutions des Etats allemands face à la centralisation à Berlin des décisions économiques.

Les premières mesures adoptées au début de la guerre par le gouvernement badois suivent les recommandations du comité de crise de la Chambre de commerce de Mannheim. Elles s'inspirent des principes libéraux d'avant-guerre et ne prévoient que des interventions limitées, comme un soutien financier modique aux banques de Pforzheim ébranlées par les difficultés de la joaillerie. A partir de 1915, les autorités s'adaptent à un conflit de longue durée. Dès lors, deux problèmes sont posés: celui de la participation des entreprises badoises aux fournitures militaires et celui du chômage de l'industrie textile par suite du manque de matières premières. Le gouvernement de Karlsruhe s'efforce de résoudre le premier en installant à Berlin une antenne du Conseil du commerce badois et le second en joignant sa participation à celle des communes pour l'assistance aux chômeurs ainsi qu'en fournissant une aide technique pour l'utilisation de fils de papier.

Le programme Hindenburg de septembre 1916 prévoyant de nouvelles reconversions d'établissements vers des fabrications militaires et des cessations complètes d'activités pour ceux qui ne sont pas utiles à la guerre accentue considérablement la centralisation au profit des bureaux berlinois. A partir de la fin de 1916, un courant hostile à la toute-puissance de Berlin et de la Prusse se développe dans tout le Sud-Ouest de l'Allemagne. Le gouvernement badois décide au même moment de développer de façon plus active sa représentation auprès des organes de l'économie de guerre. Il y est poussé par les entreprises et les associations patronales badoises dépossédées de leur pouvoir de négociation par les grandes centrales fixées à Berlin. La mesure la plus importante consiste dans la nomination, en juin 1918, d'un délégué au Bundesrat pour les questions économiques auquel est confiée en même temps la direction de la représentation économique du Bade à Berlin. Ces dispositions seront maintenues, pour l'essentiel, après la guerre. Les divergences de vue sont manifestes entre les entreprises les plus influentes, qui s'efforcent, par le biais des cessations d'activités, de mettre hors jeu des concurrents indésirables, et les Etats, qui cherchent à promouvoir une répartition plus équilibrée des industries. Dans l'immédiat, les résultats obtenus par les responsables économiques et politiques badois